

Bonn muss besser werden

**Allianz für Bonn
Fraktion im Rat der Bundesstadt Bonn**

Bonn

muss besser werden

Impressum

Allianz für Bonn

Parteiunabhängige Fraktion im Rat der Bundesstadt Bonn in der Wahlperiode 2014 – 2020

Rathausgasse 5 - 7, 53111 Bonn

Verantwortlich: Hans Friedrich Rosendahl

Fraktionsmitglieder:

Stadtverordnete:

Dipl.-Volksw. Hans Friedrich Rosendahl, Vors.;

Steuerberater Dipl. Kfm. Dr. rer. pol. Hans-Ulrich Lang, Stv. Vors.;

RA/FAStR Dr. jur. Wilfried Bachem, Schatzmeister;

Bezirksverordnete:

Ltd. Verw.-Dir. i.R. Reinhard-Friedemann Schulz, BV Beuel;

Oberstudienrätin im Kirchendienst i.R. Elisabeth Struwe, BV Bonn

Bonn, Mai 2020

Inhaltsverzeichnis

Vorwort:

| | |
|--|----|
| Bonn muss besser, schöner und sicherer werden | 3 |
| Bonn muss besser werden | 5 |
| Solide Haushaltspolitik ist das „A und O“ | 5 |
| Bonn unterliegt dem Haushaltssicherungskonzept | 5 |
| Bonner Haushalt: Hoher Investitionsbedarf und die Kosten nicht „im Griff“ | 6 |
| Ernsthaftes Sparen ist schmerzhaft | 6 |
| Rasenmäher-Methode und Prioritätenliste | 7 |
| Sparen bei Großprojekten für Veranstaltungen, Kultur und Sport | 7 |
| Freiwillige Leistungen auf dem Prüfstand | 8 |
| Mehr Verwaltungseffizienz | 9 |
| Bonn lebt von der Wirtschaft | 10 |
| Verkehrsinfrastruktur auf der „Kippe“ | 11 |
| Viele Staus könnten verhindert werden | 11 |
| ÖPNV – da muss etwas geschehen | 12 |
| Fahrradverkehr – trotz enger Straßen | 13 |
| Wohnen in Bonn | 14 |
| Bonn muss schöner werden | 15 |
| Innenstadt attraktiver machen | 15 |
| Bausünden verhindern | 15 |
| Stadtgrün erhalten – auch für das Klima | 16 |
| Mehr Sauberkeit – weniger Müll | 17 |
| Windräder nur mit Mindestabstand | 18 |
| Bonn muss sicherer werden | 19 |
| Alle Straftaten verfolgen | 19 |
| Videoüberwachung nötig | 19 |
| Alkohol und Drogen im öffentlichen Raum einschränken | 19 |
| Sicherheit im Straßenverkehr | 20 |
| Fazit: | |
| Die wirklichen Probleme aufgreifen und mutig Lösungen umsetzen | 21 |

Vorwort

Bonn muss besser, schöner und sicherer werden

Bonn ist eine schöne Stadt mit hoher Lebensqualität. Die Innenstadt lädt mit einer Vielzahl von attraktiven Plätzen zum Verweilen und Flanieren ein. Ein Grünstreifen erstreckt sich vom Stadtgarten am Rhein über Hofgarten und Kaiserplatz bis zum Poppelsdorfer Schloss. Am Rheinufer hat man auf beiden Flussseiten schöne Uferpromenaden, dazu den Rheinauenpark mit herrlichem Blick auf den im Süden beginnenden Mittelrhein. Kottenforst und Siebengebirge bieten Erholungssuchenden nahe Waldgebiete. Die Stadtbezirke Bad Godesberg, Beuel und Hardtberg sowie die vielen Ortsteile haben eigene Zentren und Charakteristik.

Bonn bietet eine insgesamt gute Wohnungssituation, viele qualifizierte Arbeitsplätze, ein sehr großes Kulturangebot und viele Sportmöglichkeiten. Bonn gehört zu den vier Großstädten in NRW, die einen klaren Wachstumstrend haben: Köln, Düsseldorf, Münster und Bonn.

Gleichwohl gibt es in Bonn wichtige Bereiche, mit denen man nicht zufrieden sein kann. Jeder kann es wissen, jeder kann es sehen:

- Es war nicht in Ordnung, ein WCCB als Geschenk für null Euro zu versprechen und zu beschließen, was am Ende die Stadt ca. 300 Millionen € kostete.
- Es war nicht in Ordnung, eine Modernisierung der Beethovenhalle für 63 Millionen € zu beschließen, die am Ende 100 Millionen € mehr kosten wird. Die Ratsfraktion Allianz für Bonn hatte für die „kleine“ Modernisierung von rund 30 Millionen € plädiert, wie sie zunächst auch der Oberbürgermeister favorisiert hatte, und die ohne den riskanten, kostentreibenden Eingriff in das Fundament ausgekommen wäre.
- Das Haus der Bildung, die Polizeiwache Gabi – die meisten Projekte werden doppelt so teuer wie geplant.
- Der Grundstücksverkaufsvertrag für das Bahnhofs Nordfeld, den wir abgelehnt haben, für ein Grundstück im Beueler Bogen und für eines am Vogelsang, sind so schlecht abgeschlossen, dass die Käufer mehr als 50 Prozent des Preises als Minderung geltend machen.
- Die Arbeiten an der Beethovenhalle und der Viktoriabrücke dauern und dauern.
- Auf Termine bei den Bürgerdiensten musste man Monate warten.
- Das Stadtbild leidet in puncto Sauberkeit und Schönheit.
- Die Poppelsdorfer Fußgängerunterführung erzeugt leicht Unwohlsein.

Die Liste ließe sich fortsetzen.

In dieser Broschüre hat unsere parteiunabhängige Ratsfraktion „Allianz für Bonn“ Themen zusammengestellt, bei denen wir Verbesserungsbedarf und -möglichkeiten sehen. Und vor allem auch solche, zu denen wir in der Legislaturperiode 2014-2020 Vorschläge und Anregungen im Rat eingebracht haben. Die von uns hier dargestellten Punkte beanspruchen keine Vollständigkeit, vieles andere bleibt ebenfalls zu tun.

Weggelassen haben wir bewusst vieles, was in den verschiedenen Leitbildern der Stadt aufgeführt ist, aber nach unserer Einschätzung oft einem Wunsch Katalog aus der „Märchenstunde“ entspricht.

Wir konzentrieren uns hier einerseits auf Probleme und Lösungsvorschläge, die relativ leicht umgesetzt werden können und die dann schnell Wirksamkeit entfalten, z.B. zur Stadtsauberkeit, andererseits auf Themen wie größere Verkehrsprojekte, die von grundsätzlicher Bedeutung sind und längere Planungen erfordern. Auch wenn ihrer Verwirklichung derzeit Finanzierungshindernisse entgegenstehen, so gehören sie doch auf die Prioritätenliste einer prosperierenden Bundesstadt.

Wichtig sind uns auch Vorschläge für Einsparungen, die regelmäßig leider keinerlei Mehrheit fanden.

Es versteht sich, dass hier z.T. mehrheitliche Fraktionsmeinungen wiedergegeben werden, denn auch in einer kleinen Fraktion gibt es durchaus manchmal unterschiedliche Auffassungen.

Wir würden uns freuen, wenn die hier gegebenen Anregungen auch nach unserem Ausscheiden aus dem Stadtrat weiterverfolgt würden.

Die Broschüre wurde vor der Corona-Krise verfasst. Die damit verbundenen und dadurch offenbar werdenden Probleme konnten nicht berücksichtigt werden – dafür ist es zu früh, denn das Ende der Krise mit ihren Folgen ist noch nicht abzusehen.

Bonn muss besser werden

Solide Haushaltspolitik ist das „A und O“

Schulden zu machen erweitert den augenblicklichen Handlungsspielraum, ist aber selten auf die Zukunft ausgerichtet. Zuerst lebt man über seine Verhältnisse, später muss man für die Schulden zahlen. Das ist bei der Stadt leider auch vielfach zu beobachten. In der Folge fehlt Geld für Erhaltung der Infrastruktur und notwendige öffentliche Dienstleistungen. Eine andere Einstellung ist gefragt. Investive Ausgaben, die die Zukunftsfähigkeit verbessern und zu erhöhten Einnahmen führen, müssen Vorrang vor konsumtiven Ausgaben haben.

Die nackten Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Der Schuldenstand von Bonn ist in den letzten zehn Jahren drastisch gestiegen. Er betrug 2009: 1,326 Mrd. €, 2014, im Wahljahr des heutigen Stadtrats, 1,674 Mrd. €, und 2019 waren es etwa 1,8 Mrd. €, davon Kassenkredite etwa 690 Mio. €.

Davon sind besonders kurzfristige Kassenkredite problematisch, die mit Überziehungskrediten auf dem Girokonto eines Privathaushalts vergleichbar sind. Sie betragen: 2009: 339 Mio. €, 2014: 758 Mio. € und 2019: 690 Mio. €. Zusätzlich hat Bonn vom 01.01.2008 bis zum 31.12.2018 584 Millionen € Eigenkapital verbraucht.

Hinzu kommen die in der Vergangenheit unterbliebenen Erhaltungsmaßnahmen in die Infrastruktur. Wir haben deshalb bereits in der Ratssitzung am 9. Oktober 2018 gefordert, dass eine Nachhaltigkeitsbilanz aufgestellt werden müsse, in der neben den Schulden auch die Investitionsrückstände dargestellt werden. Denn nur so ist die insgesamt bestehende Finanzierungslücke zu erkennen. In diesem Zusammenhang erwähnenswert: Unsere Nachbarstadt Köln hat eine solche Nachhaltigkeitsbilanz erstellen lassen.

Bonn unterliegt dem Haushaltssicherungskonzept

Aufgrund seiner schlechten Finanzlage und der hohen Schulden unterliegt Bonn seit 2015 dem Haushaltssicherungskonzept. Es verlangt, dass das jährliche Haushaltsdefizit im Haushaltsjahre 2021 abgebaut sein muss. Danach müssen Überschüsse erzielt werden, um die Schulden zu verringern.

In Bonn ist es nun so, dass die mittelfristigen Finanzpläne tatsächlich schöne Planzahlen ausweisen, jedoch meistens durch „unvorhersehbare Ereignisse“ in der Realität nicht eingehalten werden konnten. Daran ändern leider auch die unvorhergesehenen einmaligen Mehreinnahmen in Höhe von 145 Millionen € im Jahr 2018 nichts.

Bonner Haushalt: Hoher Investitionsbedarf und die Kosten nicht „im Griff“

Dass Bonn einen hohen zusätzlichen Finanzierungsbedarf hat, müsste jedem Bürger durch die politischen Diskussionen der letzten Jahre bewusst sein. Das WCCB kostete die Stadt nicht nichts, so war es angekündigt worden, sondern 300 Millionen €. Die Sanierung der Beethovenhalle kostet nicht wie geplant 62 Millionen €. Zuletzt wurden 165 Millionen € als angebliche Höchstgrenze von der Verwaltung genannt. Regelmäßig werden Bauvorhaben wesentlich teurer als geplant. Diese Mehrkosten binden Mittel, die für andere Aufgaben fehlen:

- Opernhaus, Schauspielhaus, Stadthalle Bad Godesberg, Beueler Brückenforum, öffentliche und schulische Bäder und auch das Stadthaus müssen saniert werden.
- Für das Stadtarchiv und das Stadtmuseum werden neue Räume benötigt.
- Schulen, Straßen sowie die Infrastruktur allgemein bedürfen der Modernisierung.
- Der ÖPNV muss zuverlässiger werden, die Takte sind zu verkürzen, eine neue Straßenbahnstrecke nach Westen wird geplant.
- Reuterstraße und Belderberg sind überlastet. Unterführungen unter den Querstraßen könnten Abhilfe schaffen.
- Die Stadtentwicklungsgesellschaft braucht Kapital, um Flächen für städtebauliche Aufgaben und den Wohnungsbau erwerben und entwickeln zu können.
- Überdies fordert die Stadtverwaltung laufend zusätzliches Personal, weil angeblich nur so Aufgaben in angemessener Zeit erfüllt werden könnten.

Ernsthaftes Sparen ist schmerzhaft

Vor diesem Hintergrund führt nach unserer Auffassung kein Weg an einem ernsthaften, nachhaltigen Sparen vorbei. In unseren Haushaltsreden [2016](#) und [2018](#) haben wir dazu Vorschläge gemacht und bei konkreten Entscheidungen auf kostengünstige Lösungen gedrungen, z.B. bei der Beethovenhalle für eine kleine Lösung bei der Modernisierung ohne Eingriff in das Fundament votiert.

Rasenmäher-Methode und Prioritätenliste

Nach unserer Auffassung sollten alle Ausgaben bei der nächsten Planung generell um 5 % oder besser 10 % gekürzt werden. Ausnahmen sind möglich, allerdings nur bei gesetzlichen und bestehenden vertraglichen Verpflichtungen der Stadt oder wenn bei unterlassener Sanierung mit zunehmenden Schäden zu rechnen ist. Sie müssen jeweils einzeln streng geprüft werden. Zusätzlich ist eine Prioritätenliste zu erstellen, nach der die Kürzungen vorzunehmen sind.

Sparen bei Großprojekten für Veranstaltungen, Kultur und Sport

Nachdem die Stadt schon in der Vergangenheit bei dem Großprojekt WCCB gut 300 Millionen € und bei der Beethovenhalle weitere 100 Millionen € mehr ausgegeben hat, als ursprünglich geplant war, sind alle anstehenden Großprojekte kritisch zu überprüfen.

Dabei ist auch spartenübergreifend zu denken: Wie kann der Bedarf an Sportstätten, Kulturstätten und Veranstaltungsstätten optimal gedeckt werden? Wir meinen, Bonn hat inzwischen viele moderne Hallen für Veranstaltungen, teils auf Topniveau. Deshalb müssen nicht alle alten Stätten erhalten und saniert werden. Und wir sind der Meinung, dass diese verschiedenen Fragen nicht jeweils einzeln betrachtet werden sollten und gelöst werden können, sondern dass hier nur in einer Gesamtschau Einsparungen möglich sind. Wir haben folgendes Einspar-Modell vorgeschlagen:

- Die Bonner Schauspielsparte wird geschlossen. Die Auslastung des Schauspiels ist relativ niedrig, auch wenn sie sich im letzten Jahr etwas gebessert hat. Hierdurch könnten die angestrebten 3,5 Millionen Euro auf einen Streich gespart werden.
- Das Godesberger Schauspielhaus müsste nicht teuer als Schauspielhaus saniert werden. Es könnte zu einem Kulturhaus umgebaut werden. Es übernehme so wesentliche Funktionen der bisherigen Stadthalle und würde sozusagen zum öffentlichen Wohnzimmer Godesbergs für Veranstaltungen und Ausstellungen aller Art, gegebenenfalls auch mit einem Restaurationsbetrieb.
- Die Godesberger Stadthalle wird nicht als Veranstaltungsstätte saniert, sondern abgerissen und das Grundstück anderweitig genutzt. Die Stadthalle wurde zu Regierungszeiten auch für größere überregionale Veranstaltungen genutzt, denn es war die einzige größere Halle in Bonn neben der Beethovenhalle. Inzwischen gibt es zahlreiche zusätzliche Hallen in Bonn. Auch die Sanierung oder anderweitige Nutzung des Brückenforums Beuel ist zu diskutieren.

An Stelle der Stadthalle, die erhebliche bauliche Schwächen aufweist, könnte verkehrsgünstig mit U-Bahnanschluss ein neues Godesberger Schwimmbad entstehen. Falls dieses Schwimmbad an anderer Stelle, zum Beispiel auf dem Parkplatz der Rigal'schen Wiese entstünde, könnte auf dem Grundstück der Stadthalle gegebenenfalls auch ein Seniorenwohnheim o.Ä. errichtet werden. Auch das Grundstück des Kurfürstenbades könnte anderen Zwecken zugeführt werden. Der Grundstückserlös wäre ein Finanzbeitrag für das zu bauende Hallenbad und den Umbau der ehemaligen Kammerspiele.

So würden sowohl für Veranstaltungs- und Sportstätten als auch für den Kulturbetrieb Lösungen gefunden, die gegenüber einem einfachen „Weiter-so“ erhebliches Einsparpotenzial einmalig bei der Sanierung und auch im laufenden Etat aufweisen.

Der Bonner Kulturetat ist mit einem Zuschussbedarf von jährlich knapp 60 Millionen € für das Beethoven Orchester, Opernhaus und Schauspielhaus u.a.m. außerordentlich hoch. Es muss gefragt werden, ob sich Bonn das heute noch leisten kann. Die Bezirksregierung fordert regelmäßig Kürzungen. Eine mittelfristige Einsparung von 3,5 Mio. € war anerkanntes Einsparziel. Wir haben dazu oben einen passgenauen Vorschlag gemacht. Aber alle großen Fraktionen scheuen Kürzungen.

Freiwillige Leistungen auf den Prüfstand

Sparen könnte und müsste Bonn auch bei freiwilligen Leistungen. Beispiele dafür sind die Gesundheitskarte für Migranten oder die hohen Aufwendungen für auswärtige Schüler, die in Bonn zur Schule gehen. Wir könnten sparen, wenn wir die Zahl der Schulplätze entsprechend reduzieren würden. Darüber hinaus sind unterlassene Leistungskürzungen zu nennen. Wenn sich Leistungsempfänger nicht kooperativ zeigen, sind Streichungen von 20 bis 30 Prozent möglich, wie das Bundesverfassungsgericht kürzlich bestätigt hat. Die Stadt Bonn erstattet zwar bei Tätlichkeiten gegenüber Mitarbeitern in bestimmten Fällen Strafanzeige, unterlässt jedoch nicht selten eine mögliche Sanktionierung durch Leistungskürzungen. Das halten wir für inkonsequent und nicht zweckdienlich.

Mehr Verwaltungseffizienz

In der Bonner Verwaltung samt Eigenbetrieben arbeiten, z.T. in Teil- oder Elternzeit, derzeit knapp 7200 Personen auf rd. 5300 Stellen. Das sind rd. 10 Prozent mehr als zu Beginn der Kommunalwahlperiode 2014. Die Personalkosten betragen rd. 340 Millionen Euro, das sind über 25 Prozent mehr als 2014, zum großen Teil aufgrund von Tarifsteigerungen und Besoldungsanpassungen. Der Verwaltungs-Dezernent Fuchs hatte am 11.11.2014, drei Monate vor seiner Ernennung zum Stadtdirektor am 01.02.2015, in einem GA-Interview gesagt, dass er einen Personalabbau um 10 Prozent für möglich halte. Die Stadt führte eine Organisationsuntersuchung durch und danach Wiederbesetzungssperren ein. Aber aus dem Personalabbau wurde nichts. Stattdessen hieß es in einem Personalbericht für den Rat, dass nur bei einer Absenkung des Leistungsanspruchs eine annähernde Aufgabenerfüllung gewährleistet werden könne. Diese Aussage betrachten wir als Armutszeugnis.

Anzuerkennen ist: Es wuchsen die gesetzlichen Aufgaben der Kommunalverwaltungen, und die Bonner Bevölkerung nahm um rd. 5 % bzw. 15.000 Einwohner auf 330.000 Einwohner zu, damit auch die Zahl der zu Betreuenden, der benötigten Kita-Plätze u.a.m.

Stadtdirektor Fuchs stellte in einem weiteren GA-Interview am 28.10.2019 fest: „Ich hatte bei meinem Amtsantritt gezielt den Auftrag, das städtische Personal zu reduzieren. Von diesem Auftrag habe ich mich aber in der Zwischenzeit verabschiedet.“

Nach unserer Auffassung mangelt es in der städtischen Verwaltung auch an straffer Führung, Kontrolle und Sanktion bei Fehlleistung. Projektkosten werden überzogen, weil die Grundlagen nicht präzise ermittelt werden, Verkaufserlöse werden gemindert, und die Informationen zu den kritischen Punkten sind mangelhaft. Das darf nicht so bleiben. Als Steuerzahler kann man dazu nur sagen: All das ist in der Privatwirtschaft selten möglich, ohne dass es Konsequenzen hat.

Da die eigenen Organisationsuntersuchungen der Stadt kein nennenswertes Einsparpotenzial ergaben, haben wir die Beauftragung externer Berater gefordert, um Rationalisierungschancen aufzuzeigen, die dann konsequent umgesetzt werden müssen.

Zum besseren Verständnis: In zahllosen Unternehmen in der freien Wirtschaft findet seit vielen Jahren und auch heute noch aufgrund des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds ein z.T. drastischer Personalabbau statt. Dort macht deshalb niemand „Dienst nach Vorschrift“. Wir meinen: In der Bonner Verwaltung müssen dringend durch Effizienzsteigerungen Kosten eingespart werden!

Bonn lebt von der Wirtschaft

In Bonn bestehen rd. 245.000 Arbeitsplätze. Vor 30 Jahren, 1991, waren es nur 188.000. Über 136.000 Menschen, die in Bonn arbeiten, wohnen außerhalb Bonns.

Rd. 90.000 Menschen arbeiten in kleinen und mittleren Betrieben mit bis zu 250 Beschäftigten, knapp 70.000 in den größeren Betrieben. Größte Unternehmen mit Sitz in Bonn sind die Dax-Unternehmen Telekom und Post.

Nach dem Umzug der Bundesregierung und Zweidrittel aller Ministeriumsarbeitsplätze nach Berlin bestehen in Bonn in Ministerien und obersten Bundesbehörden rd. 24.000 Arbeitsplätze. Gleichzeitig zog eine Reihe von UNO und UNESCO Organisationseinheiten mit insgesamt rd. 1.000 Arbeitsplätzen in die Stadt.

Daneben sind die Universität und das Universitätsklinikum Bonn mit insgesamt 11.000 Arbeitsplätzen vertreten, in Stadtverwaltung und kommunalen Betrieben sind rd. 11.000 Menschen beschäftigt. Rd. 35.000 Studenten studieren in Bonn.

Trotz des in Bonn weit überdurchschnittlich hohen Anteils an Beschäftigten im öffentlichen Dienst, stellt der private Sektor mit weitem Abstand die meisten Arbeitsplätze.

Lokaler Arbeitsplatz-Schwerpunkt ist das Bundesviertel. Dort ist die Zahl der Arbeitsplätze inzwischen auf ca. 45.000 angestiegen. Dies zieht große Verkehrsströme nach sich. Auf den letzten großen Freiflächen in diesem Gebiet könnten noch weitere 15.000 Arbeitsplätze entstehen. Oder aber weniger Arbeitsplätze und dafür weitere Wohnungen. Wohnen in der Nähe des Arbeitsplatzes verringert den Verkehr, erspart auch wertvolle Fahrzeit, die Familien und Freizeit zu Gute kommen können.

Deshalb sollen nach unserer Meinung neue Bürokomplexe mehr am Rande der Stadt, nahe Bahnhaltepunkten oder Autobahnen entstehen, statt diese überwiegend im Zentrum anzusiedeln, damit die Verkehrswege dort nicht weiter überfordert werden. „Einpendler“ hätten dann ebenfalls kürzere Wege. Dies käme auch dem Umweltschutz zugute.

Auch Vorschläge, am Stadtrand Park and Ride-Parkplätze anzulegen und von dort Expressbusse einzusetzen, werden nicht erst heute, sondern wurden schon vor langer Zeit diskutiert, aber nicht verwirklicht.

Aus unserer Sicht muss Bonn daher eine zukunftsorientierte Stadtplanung entwerfen und dann auch durchsetzen. Unkontrolliertes, zufallsgesteuertes Wachstum können wir uns angesichts geringer Flächenreserven und einer Verkehrsinfrastruktur, die vor der Überforderung steht, nicht leisten. Gleichzeitig muss Bonn mehr als bisher in den Ausbau seiner Verkehrsinfrastruktur investieren.

Verkehrsinfrastruktur auf der „Kippe“

Der Verkehr in Bonn ist auf allen Feldern problematisch. Das gilt für den motorisierten Individualverkehr (MIV), den ÖPNV und den Fahrradverkehr. Zu berücksichtigen ist, dass der Stadtbezirk Bonn viele kleine und enge Straßen hat. Dort müssen wir uns den Straßenraum wie bisher teilen. Wer als „Allheilmittel“ einfach den PKW-Verkehr verbieten oder maximal behindern will, macht es sich zu leicht. In Bonn herrscht die Meinung vor, dass durch eine Verbesserung der Situation mehr Verkehr erzeugt wird. Man will möglichst viele Menschen zwingen, ohne Auto auszukommen und ÖPNV und Fahrrad zu nutzen. Dabei wird die Tatsache außer Acht gelassen, dass große Teile des Verkehrs rein berufsbedingt sind und es keine praktikablen Alternativen gibt.

Wir meinen: Es muss für die jeweiligen Stauschwerpunkte konkret nach Lösungen gesucht werden, die für alle Verkehrsteilnehmer verträglich sind.

Viele Staus könnten vermieden werden

In Bonn steht der Autofahrer jährlich rund 104 Stunden im Stau, berichtete der GA und verwies auf eine Studie des Unternehmens Inrix. Stauschwerpunkte sind eindeutig die Reuterstraße, Bornheimer Straße, der Bertha-von-Suttner-Platz sowie der Belderberg. Verbesserungen sind für die Bornheimer Straße beschlossen und zu erwarten.

Besonders notwendig wäre eine Stauverringern auf der Reuterstraße. Sie ist praktisch eine innerstädtische Autobahn-Zubringer-Straße. Sehr viele Einpendler fahren von der BAB 565 kommend ins Bundesviertel.

Wir haben deshalb vorgeschlagen, die Kreuzungen zur Hausdorffstraße, Baumschulallee und Argelanderstraße durch einen schmalen Tunnel für den überörtlichen Durchgangsverkehr zu unterführen. Die oberirdischen Straßen stehen dann für den innerörtlichen Verkehr zwischen den Wohnvierteln zur Verfügung und werten diese auf. Mit den Staus wird zugleich die erhöhte Umweltbelastung wirksam vermindert. Eine zweite Unterführung wäre nach unserer Auffassung im Bereich Belderberg - Suttnerplatz sinnvoll. Das würde die dortigen Staus massiv verringern.

Unser Vorschlag für einen schlanken Reutertunnel ist wesentlich leichter umzusetzen und mit vielleicht 100 Millionen € erheblich kostengünstiger als der vor 50 Jahren diskutierte lange vierspurige 500-Millionen-Tunnel. Hätte man bei der Beethovenhalle nur eine „kleine“ Modernisierung ohne Eingriff in das Fundament gemacht, so wäre man dabei wahrscheinlich gut 100 Millionen € billiger weggekommen – und hätte davon einen schlanken Reutertunnel finanzieren können.

Gerade ein Reutertunnel würde die Verkehrssituation in Bonn erheblich entspannen und den Wirtschaftsstandort Bonn deutlich stärken. Und das wäre gut für Bonn. Denn unsere Infrastruktur, Sozialleistungen, Kultur- und Sportangebot können nur aufrechterhalten werden, wenn Bonn im zunehmenden Wettbewerb der Kommunen ein 1a-Wirtschaftsstandort bleibt.

ÖPNV – da muss etwas geschehen

Beim ÖPNV in Bonn sind Ausfälle, Verspätungen und fehlende Informationen zu Wartezeiten an der Tagesordnung. Beklagt werden auch Mängel bei Komfort, Sauberkeit und sogar gelegentlich der Sicherheit. Verbesserungen sind geplant: Es sollen mehr Bahnen und Busse angeschafft, Takte verdichtet und Strecken ausgebaut werden. Immerhin, die neue Haltestelle UN-Campus wird sehr gut angenommen.

Auch sollen viele Elektrobusse angeschafft werden, die in etwa das Dreifache „normaler“ Busse kosten. Bisher konnten sie aufgrund hoher Ausfallquoten im Alltagseinsatz nicht überzeugen. Die für einen Probetrieb ausgeliehenen Busse wurden alle dem Hersteller zurückgegeben. Nach unserer Meinung werden mit den Elektrobusen zur jetzigen Zeit unrealistisch hohe Erwartungen bei den Bürgern geweckt.

Derzeit stehen beim ÖPNV zwei Projekte besonders im Fokus: So steht eine „Westbahn/Hardtbergbahn“ vom Zentrum Bonn Richtung Brüser Berg schon lange auf der Vorhabenliste und wird derzeit erneut diskutiert. Dies könnte eine nützliche Verbesserung sein. Aber die engen Straßen der Weststadt sind für eine akzeptable Streckenführung nicht geeignet. Auch müssen die Kosten in vertretbarer Relation bleiben. Ohne kräftige Landesbeteiligung wird die Stadt das nicht finanzieren können.

In aktueller Prüfung befindet sich derzeit auch der Vorschlag einer Seilbahn zu den Universitätskliniken Bonn (UKB) auf dem Venusberg - ausgehend von Dottendorf, besser noch von Beuel. Die Befürworter halten eine Seilbahn für geeignet, um die Verkehrsbelastung zu verringern und die Umweltqualität zu steigern. Wir glauben, das greift zu kurz. Nach unserer Meinung könnte man zur Verbesserung der jetzigen Verkehrssituation an den Kreuzungen Im Wingert - Robert-Koch-Straße sowie in Ippendorf Röttgener Straße – Buchholzstraße durch Kreisverkehre den Verkehr deutlich beschleunigen und staufreier machen.

Eine Seilbahn von Beuel bis zum Venusberg wird sich nach unserer Einschätzung im Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht rechnen. Zu den reinen Investitionskosten kommen Planungskosten, Kosten für Erwerb von Grundstücken und Wegerechten sowie Kosten für die zu erwartenden Prozesse mit Anwohnern. Nicht unerheblich sind auch die Betriebskosten für Personal sowie für Energie, Wartung und Instandhaltung. Demgegenüber steht eine erwartete Zahl von nur 6.000 Fahrten am Tag, d.h. 3000 in jede Richtung.

Wir meinen: Die für die Seilbahn erforderlichen Investitionsmittel und Betriebskostenzuschüsse könnten viel wirksamer für dringend notwendige Verbesserungen des übrigen ÖPNV-Netzes sowie zur Verbesserung anderer Verkehrsmaßnahmen verwandt werden.

Fahrradverkehr – trotz enger Straßen

Das Umsteigen auf das Fahrrad gilt als Hoffnungsträger für umweltverträglichen und flüssigen Verkehr. Leider gibt es in Bonn wegen enger Straßen jedoch kein systematisches Fahrradwegesystem. Die Strecken und deren Beschaffenheit sind sehr unterschiedlich.

Wir halten es daher für sinnvoll, die verfügbaren Mittel und Fördergelder einzusetzen, damit die Bonner Straßen und Radwege am rechten Rand durchgängig einen Streifen mit guter und glatter Fahrbahndecke bekommen. Das würde den Komfort und die Sicherheit im Fahrradverkehr deutlich verbessern.

Wohnen in Bonn

Bonn erwartet in den nächsten 20 Jahren bis zu 20.000 zusätzliche Arbeitsplätze und 30.000 neue Einwohner. Allerdings ist die Stadt recht dicht bebaut und hat nicht mehr viele Flächenreserven. Zahlreiche Menschen, die Bonn als ihren Lebens- und Arbeitsmittelpunkt betrachten, wohnen daher – auch aus Kostengründen - im Umland.

Dennoch kann man auch in Bonn gut und zu angemessenen Mietpreisen wohnen. Insbesondere im Vergleich zu den nahe gelegenen Nachbar-Metropolen Köln und Düsseldorf. In Ortsteilen am Rande, die durchaus schön und angenehm sind, findet man Wohnungen für 8-9 Euro Nettokaltmiete. Ähnliches gilt für den Bonner Norden und Süden. Wer allerdings in den beliebten, zentralen Vierteln modern ausgestattete Wohnungen mieten oder bauen will, muss auch entsprechende Preise in Kauf nehmen.

Insgesamt betrachten wir die Wohnungssituation in Bonn zwar als angespannt, sehen aber keinen Wohnungsnotstand, und es gibt auch keine ausreichenden statistischen Belege dafür. Vielmehr sprechen wir uns für die Nutzung und systematische Entwicklung vorhandener Flächen mit „Augenmaß“ aus.

Bonn muss schöner werden

Bonn soll nicht nur besser, sondern auch schöner werden, um im Wettbewerb mit anderen Kommunen und Standorten zu bestehen. Denn die Attraktivität einer Stadt wird maßgeblich durch ihr optisches Erscheinungsbild geprägt.

Innenstadt attraktiver machen

Die Bonner City ist nicht nur durch das ehemals kurfürstliche Stadtschloss und das fröhliche Leben vieler Studenten das Herz unserer Stadt.

Doch trotz eines guten Gesamteindrucks gibt es nicht unerhebliche Kritikpunkte. Denn nicht nur unschön, sondern auch ungut sind die mittlerweile hier leerstehenden Geschäfte - sogar in besten Lagen. Teilweise stehen sie langfristig leer, zum Beispiel in der Kaiserpassage. Leerstände machen eine City unattraktiv. Weniger Passanten gefährden auf längere Sicht das wirtschaftliche Überleben der restlichen Geschäfte. Dieser Zustand ist nicht akzeptabel; es besteht dringender Handlungsbedarf. Wir haben dazu einen „Runden Tisch“ vorgeschlagen. Verwaltung und Mehrheit hielten das für unnötig, weil die Lage nicht dramatisch sei – für uns ist das nicht nachvollziehbar.

Und „last but not least“ gehören zu einer guten innerstädtischen Versorgungsinfrastruktur hygienische und behindertengerechte öffentliche Toiletten an frequentierten Stellen. Wir haben das wiederholt gefordert. Bonn kennt den Bedarf, doch es geht nicht voran.

Bausünden verhindern

Aktuell wird in Bonn viel über den baulichen Charakter der Stadt diskutiert. Am schlimmsten finden wir die massive, klotzartige Bebauung gegenüber dem alten Hauptbahnhof anstelle eines von uns geforderten und vielen Bürgern gewünschten Bahnhofsvorplatzes mit begrenzter Randbebauung. Dazu hatten wir bereits eine Vorplanung vorgestellt. Wir stimmten gegen den Verkauf des Grundstückes an private Investoren und gegen die massive Bebauung. Zudem haben wir uns mit mehreren Anträgen im Rat dafür eingesetzt, dass wenigstens die Fassade – wie ursprünglich geplant - in einer hellen, sandsteinfarbigen Optik ausgeführt wird. Mit der Fertigstellung des Projektes wurden allerdings etwas andere Fakten geschaffen. Auch wenn vereinzelt nachgebessert wurde, sind wir mit dem Ergebnis nicht zufrieden. Wir hätten uns für Bonn ein attraktiveres „Eingangstor“ vom Bahnhof in die City mit mehr Frei- und Grünflächen gewünscht.

Wir forderten, dass Baugenehmigungen auch von der architektonischen Gestaltung und insbesondere der Fassadenausführung abhängig gemacht werden. Die Außenseiten der privaten Gebäude sind eben die Innenseiten des optischen öffentlichen Raumes, sie machen zu einem erheblichen Teil die Schönheit einer Stadt aus. Sehr anschaulich kann man das im Bonner Südviertel und im Godesberger Villenviertel sehen. Düsseldorf liefert im Medienhafen und mit dem Kö-Bogen ein Musterbeispiel dafür, dass kommunale Einflussnahme für gute Stadtarchitektur auch heute möglich ist.

Ein anderes Anliegen ist die Begrünung von Gebäuden. Hier haben wir einen Antrag eingebracht, damit im Rahmen von Baugenehmigungsverfahren Vorschläge zu Gebäudebegrünungen erarbeitet werden können. Zum Hintergrund: Festsetzungen in städtischen Bebauungsplänen zur Dachbegrünung sind heute üblich, zur Fassadenbegrünung neuer Bauvorhaben jedoch eher selten. Insbesondere würden sich Gebäude der gewerblichen Nutzung dazu eignen, dass eine Fassadenbegrünung vorgenommen wird, da deren Fassaden normalerweise geringeren ästhetischen Wert haben und großflächig, häufig auch fensterlos, strukturiert sind. Schließlich trägt eine Begrünung auch dazu bei, dem globalen Klimawandel auf lokaler Ebene zu begegnen.

In diesem Zusammenhang haben wir auf eine zunehmende Unsitte hingewiesen: An vielen Häusern werden heute nicht, wie generell vorgeschrieben, grüne Gärten, sondern pflegearme Schottergärten oder gar zusätzliche, unerlaubte Stellplätze angelegt. Ein steiniger Oberflächenbelag trägt unter anderem zu einer weiteren Erwärmung des Stadtklimas bei, da er die Hitze im Sommer stärker speichert als Grünland.

Die Stadt hat angeblich zu wenig Personal, dies zu kontrollieren und hier das geltende Recht durchzusetzen. Die vom Land festgesetzten Gebühren würden die Kosten für ausreichende Kontrollen nicht decken.

Dabei will Bonn eine Stadt der Biodiversität sein. Wenn nun auch noch in Vorgärten und Außenanlagen von Bürogebäuden der Vegetation kein Raum gegeben wird, wird diese stadtklimatische Tendenz weiterhin verstärkt. Wir finden das äußerst bedauerlich.

Stadtgrün erhalten – auch für das Klima

Bonn ist umgeben von Wäldern, Wiesen und agrarisch genutzter Landschaft, und das soll und muss auch bleiben. Die „Klimawandelvorsorgestrategie“ für die Region Bonn/Köln von Januar 2020 bestätigt die große Bedeutung der unbebauten Flächen am Rande von Bonn als Kaltluftentstehungsgebiete und Kaltluftschneisen, die vor allem an heißen Sommertagen für die Belüftung der Stadt sorgen.

Nicht weniger wichtig ist der Erhalt von Grünflächen innerhalb der Stadt, wie z.B. der Friedhöfe. Sie spielen eine große Rolle für den Ausgleich der stadttypischen Luftverschmutzung und klimatischen Aufheizung. Aber vor allem sind Parks, Friedhöfe sowie die grüne Landschaft von großer Bedeutung für die Erholung der Bevölkerung.

Daher lehnen wir die weitere Ausweisung von größeren Arealen für zukünftige Bebauungsplanverfahren bis auf wenige sinnvolle Ausnahmen ab. Ähnliches gilt für die Nachverdichtung innerhalb der Stadt. Auf keinen Fall sollten Grünzüge, wie derjenige entlang der Bahntrasse südlich der Reuterbrücke dem Druck nach mehr Wohnraum zum Opfer fallen.

Luftqualität ist Teil der Lebens- und der Wohnqualität und kann nicht der Bebauung um jeden Preis geopfert werden. Daher sind wir für eine Bestandsgarantie für diese innerstädtischen Grünflächen nach dem Vorbild von Hamburg, wo sich die Stadt verpflichtet hat, Grünanlagen dauerhaft unter Schutz zu stellen.

Mehr Sauberkeit – weniger Müll

Prägnante Gegenbeispiele für Schönheit und Sauberkeit sind die in Bonn überall aufgestellten Entsorgungscontainer. Jeder Aufsteller hat seine eigenen, alle sind unterschiedlich, aber einheitlich unschön, dazu oft beschmiert oder überquellend und von weiterem Müll umstellt.

Wir forderten deshalb, dass die Stadt „Bonn Orange“ dafür ein Entsorgungsmonopol gibt und diese einheitliche und gepflegte Container an städtebaulich verträglichen Stellen aufstellt. Besser noch wären unterirdische Container, wie man sie im Ausland und einigen deutschen Städten findet. In einer „Smart City“, was Bonn ebenfalls sein will, werden solche Container mit Sensoren ausgestattet, die einer Zentrale den Füllstand und die Leerungsnotwendigkeit melden.

Der beste Weg, Müll zu entsorgen, ist ihn erst gar nicht entstehen zu lassen. Mit diesem Ansatz haben wir gefordert, die Verwendung von Einweg-Plastikbechern bei der kostenlosen Verteilung von Trinkwasser im Sommer zu vermeiden. Das Einsparvolumen ist nicht unerheblich. Laut „General-Anzeiger“ haben die Stadtwerke 2016 rund 156.000 Becher abgegeben, um kostenlos Wasser auszuschenken. Alternativen sind aus unserer Sicht Pfandbecher oder mitgebrachte eigene Becher.

2020 feiert Bonn Beethovens 250. Geburtstag. Zu diesem Anlass waren zahlreiche Veranstaltungen geplant; viele Besucher aus nah und fern wurden erwartet. Ist Sauberkeit ohnehin ein wichtiges Merkmal für eine lebens- und liebenswerte Stadt, so gilt dies in einem Jubiläumsjahr ganz besonders.

Wir haben daher die Beseitigung zahlreicher Missstände gefordert: u.a. fehlende Bepflanzung von Blumenkübel, die Entfernung von Graffiti an öffentlichen Einrichtungen und Privathäusern, die Entfernung von Kaugummiflecken auf Straßen und Plätzen, die Säuberung von Verteilerkästen oder Pflege von Grünflächen an zentralen Stellen. Es gibt arbeitslose Menschen in Bonn, und viele Aufgaben bleiben unerledigt. Probleme gehören angepackt, nicht ignoriert!

Windräder nur mit Mindestabstand

Die schöne Lage von Bonn resultiert aus der Nähe zur Landschaftsgrenze von Niederrhein zu Mittelrhein mit seinen bei Bonn beginnenden Gebirgen auf beiden Rheinseiten. Dieses Landschaftsbild gilt es zu erhalten. Es sollte keinesfalls durch die Errichtung von Windkraftanlagen etwa auf dem Venusberg oder im Siebengebirge zerstört werden. Daher hatten wir im Rat der Stadt Bonn schon Anfang 2015 folgenden Antrag gestellt: Die Bonner Stadtwerke sollen sich an Windenergieanlagen nur beteiligen, wenn der Abstand von ca. 3 km zur nächsten Wohnbebauung eingehalten wird. Die Stadt Bonn solle alles in ihrer Macht Stehende tun, um Windräder in Naturschutzgebieten und landschaftlich wertvollem Gebiet zu verhindern. Das wurde im Rat abgelehnt.

Inzwischen wollen Bund und Land die Abstandsregeln verschärfen.

Bonn muss sicherer werden

Alle Straftaten verfolgen

Das Thema Sicherheit gehört zu den von vielen Bürgern zu Recht auch emotional stark empfundenen und besprochenen Themen. Erfreulicherweise ist festzustellen, dass die Zahl der erfassten Kriminalfälle nicht zunimmt, sondern in den letzten Jahren abgenommen hat. Die Polizei hat gezielte Anstrengungen unternommen, um Überfälle, Wohnungseinbrüche und andere Straftaten zu verhindern und zu verfolgen. Man muss Gutes auch anerkennen.

Tatsächlich bräuchte die Polizei aber weitere Verstärkungen und eine bessere Ausstattung. Das gilt auch für die anderen Organe der Strafverfolgung, Staatsanwaltschaften und Gerichte. Wenn die Verfolgung von Straftaten wegen Überlastung der Gerichte und der Staatsanwälte einfach als geringfügig eingestellt wird, so ist die Wirkung davon gerade kontraproduktiv. Doch darüber entscheidet das Land, nicht die Stadt.

Videoüberwachung nötig

In den Abendstunden wie auch in der dunklen Jahreszeit trägt die öffentliche Beleuchtung maßgeblich zu mehr Sicherheit für die Bürger bei, weil so Stürzen und Verletzungen, aber auch Diebstählen und anderen Delikten vorgebeugt wird. Leider ist die öffentliche Beleuchtung in Bonn nicht überall in dem Zustand, in dem sie sein sollte. Für uns ein Anlass, das zuständige Amt der Verwaltung schriftlich aufzufordern, dass defekte Leuchtmittel in der Rheinaue ersetzt werden.

Ein weiterer Faktor für mehr Sicherheit an öffentlichen Plätzen ist das Vorhandensein von Videoüberwachung. Wir haben dieses Thema aufgegriffen und engagieren uns seit mehreren Jahren für eine Installation zusätzlicher Anlagen an ausgesuchten „Brennpunkten“. Obwohl sich auch der Oberbürgermeister dafür einsetzte, gab es im Rat keine ausreichende Mehrheit dafür und im Landtag NRW auch nicht.

Alkohol und Drogen im öffentlichen Raum einschränken

Es ist nicht neu, dass starker Alkohol- sowie Drogenkonsum im öffentlichen Raum zu Belästigung und Gefährdung von Passanten führen kann. Wir haben wiederholt ein Verbot von Alkohol im Umfeld des Hauptbahnhofs, des ZOB, der Unterführung Poppelsdorf und am Kaiserplatz außerhalb der Gastronomie gefordert – wenigstens

zeitlich befristet und als Test vor der Weltklimakonferenz in Bonn in 2018, als die Stadt viele tausend Gäste am UN-Standort erwartete, wie auch später im Beethoven-Jahr, in dem sich Bonn mit einem positiven Gesamtbild präsentieren sollte. Doch die Ratsmehrheit war dagegen.

Sicherheit im Straßenverkehr

Zum Thema Sicherheit in Bonn gehört nicht nur der Schutz vor kriminellen Delikten. Es gilt ebenso, für die notwendige Sicherheit im Straßenverkehr, auf Radwegen und im Fußgängerbereich zu sorgen. In diesem Zusammenhang haben wir unter anderem im Rat der Stadt Bonn angeregt, dass Ordnungsamt und Polizei in Bonn Radfahrer stärker hinsichtlich der Einhaltung der Verkehrsregeln kontrollieren. Nahezu täglich kann man bei Dunkelheit Radfahrer ohne Licht und diese meist mit dunkler Kleidung sehen. Das gefährdet ihr eigenes Leben und auch andere Verkehrsteilnehmer. Die Radfahrlobby fordert ständig mehr Recht, Raum und Rücksicht für Radfahrer. Sie sollte auch etwas gegen die „Schwarzen Schafe“ in den eigenen Reihen unternehmen.

Fazit:

Die wirklichen Probleme aufgreifen und mutig Lösungen umsetzen

In dieser Broschüre haben wir einen Überblick über die Aktivitäten unserer Fraktion Allianz für Bonn im Rat der Stadt Bonn in der Legislaturperiode 2014 – 2020 gegeben. Ziel aller unserer Aktivitäten war und ist, die Entwicklung der Stadt Bonn konstruktiv zu gestalten, für wichtige Weichenstellungen zu werben und konkrete Verbesserungsvorschläge einzubringen.

Bonn hat hervorragende Qualitäten und viele „gute Seiten“. Es gibt aber auch deutlichen Verbesserungsbedarf. Wir meinen, Bonn braucht dringend den Willen, die wirklichen Probleme anzupacken, um eine spürbare Stadtverbesserung und -verschönerung zu erreichen. In diesem Sinne möchten wir alle ermuntern, ihren Beitrag zu leisten, damit Bonn „besser“, „schöner“ und „sicherer“ wird. Die kommende Kommunalwahl im September 2020, bei der wir nicht wieder kandidieren, sondern nun auch in den politischen Ruhestand treten, wird dazu entscheidende Weichen stellen.